

DORFGEBIETE

Gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO sind im MD- und im MD*-Gebietdie in § 5 Abs. 2 Nr. 3, -5 -9 aufgeführten Nutzungen (sonstige Wohngebäude, Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes, Tankstellen) nicht zulässig.

- ▶1.2 Gemäß § 1 Nr. 5 BauNVO sind im MD*-Gebiet zusätzlich die in § 5 Abs. 2 Nr. 2 und 7 BauNVO aufgeführten Arten der Nutzungen (Kleinsiedlung einschließlich Wohngebäude mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen, Anlagen für örtliche Verwaltungen, sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke) nicht zulässig.
- •1.3 Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO ist im MD*-Gebiet zusätzlich der in § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO genannte Halbsatz 2 (die dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude) und der in § 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB genannte Halbsatz 1 (Betriebe zur Be- und Verarbeitung/unzulässig.
- *1.4 Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO sind im MD*-Gebiet nur Gewerbebetriebe gemäß § 5 Abs2Nr. 6 zulässig, wenn sie nicht dem ständigen Aufenthalt von Personen dienen (möglich sind z.B. Lagerräume).
- 1.5 Gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO sind die in § 5 Abs. 3 aufgeführten Nutzungen (Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a Abs. 3 Nr. 2) nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und somit nicht zulässig.
- 2. ANPFLANZUNGEN
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- 2.1 EINZELBÄUME (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)

Für die festgesetzten Einzelbäume sind standortgerechte Gehölze mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm zulässig.

2.2 KNICKS

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Die anzupflanzenden Knicks sind entsprechend der Systemskizze (siehe Planzeichnung) anzulegen. Die Flächen sind mindestens vierreihig mit einheimischen, standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen.

landschaftstypische Gehölze zu pflanzen, zu erhalten und bei natürlichem Abgang zu ersetzen.

VON BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Innerhalb der von der Bebauung freizuhaltenden Flächen (Sichtdreieck) dürfen Bepflanzungen oder sonstige Nutzungen eine Höhe von max. 0,70 m nicht über-

BAUGESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 92 LBO)

4.1 DACHFORMEN

(§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 92 LB0)

Alle Baukörper sind mit einem Sattel-, Walm- oder Krüppelwalmdach zu versehen mit einer Dachneigung zwischen 30° und 55°. Ausnahmen hinsichtlich der Dachneigung sind zulässig für Garagen, Gewerbebetriebe, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und Glashäuser bis zu einer Mindestneigung von 15°.

4.2 EINFRIEDUNGEN

Im Falle der Einfriedungen zu öffentlichen Verkehrsflächen ist eine Hecke aus standortgerechten Gehölzen zu wählen. Zusätzlich kann auf der dem Gebäude zugewandten Seite ein Zaun gleicher Höhe gesetzt werden.

WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Im MD-Gebiet sind pro Wohngebäude max. 2 Wohnungen zulässig.

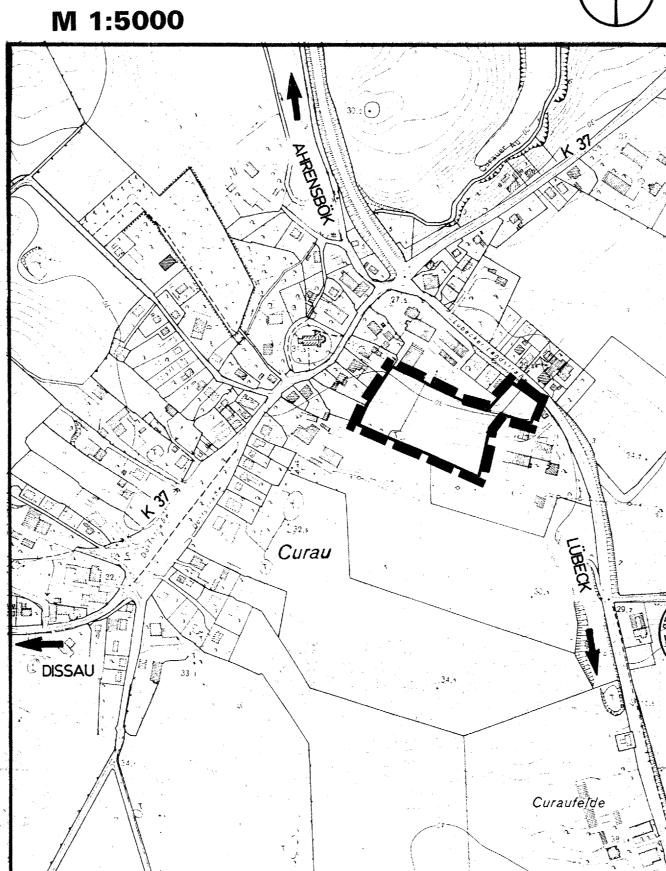
IMMISSIONSSCHUTZ (§ 9 Abs. 24 BauGB)

Innerhalb des Gebäudes im MD*-Gebiet ist der Lärmpegelbereich IV nach DIN 4109 (vom November 1989) bei der Ausführung von Außenbauteilen zu berücksichtigen. Für die von der maßgeblichen Lärmquelle abgewandten Gebäudeseite darf der maßgebliche Außenlärmpegel-entsprechend der Festsetzung nach DIN 4109 gemindert werden.

7. BAUWEISEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V. mit §§ 22 - 23 BauNVO)

Abweichend von der offenen Bauweise sind in der abweichenden Bauweise auch Gebäude mit einer Länge von mehr als 50 m zulässig.



PLANZEICHEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

Es gilt die BauNVO 1990

OK FEG

RECHTSGRUNDLAGEN I. FESTSETZUNGEN

GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGS-§ 9 Abs. 7 BauGB **BEREICHES**

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

§§ 1 - 11 BauNVO MD § 5 BauNVO **DORFGEBIETE**

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB MASS DER BAULICHEN NUTZUNG §§ 16, 19 BauNVO

OBERKANTE ERDGESCHOSSFUSSBODEN

GRUNDFLÄCHENZAHL

ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE

FIRSTHÖHE DER BAULICHEN ANLAGE ALS HÖCHSTMASS

§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB **BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN** §§ 22 und 23 BauNVO

OFFENE BAUWEISE ABWEICHENDE BAUWEISE

BAULINIE BAUGRENZE FIRSTRICHTUNG -

§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB VERKEHRSFLÄCHEN

STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN P ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHEN

GRÜNFLÄCHEN § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

(KOMPENSATIONSMASSNAHME) PARKANLAGE

VERKEHRSGRÜN

GRÜNFLÄCHEN - PRIVAT

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN

UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR

Nr. 20,25 PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND BauGB LANDSCHAFT UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM § 9 Abs. 0 0 0 0

CHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN (KOMPENSATIONSMASSNAHME) ANPFLANZEN VON KNICKS § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB 00000

ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄU-

(KOMPENSATIONSMASSNAHMF) UMGRENZUNG VON FLÄCHEN MIT BIN-§ 9 Abs. 1 DUNGEN FÜR BEPFLANZUNG UND FÜR Nr. 25b DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄU-BauGB • • • •

CHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN ANPFLANZEN VON HECKEN

(KOMPENSATIONSMASSNAHME) ANPFLANZEN VON BÄUMEN § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB (KOMPENSATIONSMASSNAHME)

ERHALTUNG VON BÄUMEN § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

SONSTIGE PLANZEICHEN

UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE VON § 9 Abs. 1 DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND Nr. 10 BauGB ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER z. B. § 1 Abs.4 ----NUTZUNG § 16 Abs. 5 BauNVO

UMGRENZUNG DER FLÄCHEN FÜR NUT-§ 9 Abs. 1 ZUNGSBESCHRÄNKUNGEN ODER FÜR Nr. 24 BauGB VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ GEGEN SCHÄDLICHE UMWELTEINWIRKUNGEN

IM SINNE DES BUNDESIMMISSIONS-**SCHUTZGESETZES** (bezugnehmend auf Teil B: Text, Pkt. 1.1-1.3 und 6)

II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZEN

FLURSTÜCKSBEZEICHNUNGEN HÖHENLINIEN

SICHTDREIECKE **4**_____**>**

ISOLINIE FÜR DIE ÜBERSCHREITUNGSHÄUFIG-KEIT DER DOPPELTEN GERUCHSSCHWELLE (entsprechend 2 GE/m³ an 5% der Jahresstunden gemäß TÜV-Gutachten vom 25.07.94)

III. NACHRICHTLICHE MITTEILUNGEN

VORHANDENER KNICK

§ 15 b LNatSchG

§ 9 Abs. 6 BauGB

§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB

1 WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSER-**SCHUTZ UND REGELUNGEN DES WASSER-ABFLUSSES**

WASSERFLÄCHEN

PRÄAMBEL

Entworfen und aufgestellt im Auftrag der Gemeinde Stockelsdorf durch das Planungsbüro Ostholstein, 23701Eutin

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08.12.86 (BGBI. I S. 2253), einschließlich der letzten Änderung sowie nach § 92 der Landesbauordnung vom 11.07.94 (GVOBI. Schl.-H. S. 321) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung u.a. vom 27.02.95 und mit Genehmigung des Landrats des Kreises Ostholstein und nach Durchführung des Anzeigeverfahrens beim Landrat des Kreises Ostholstein folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 39 der Gemeinde Stockelsdorf für die Ortschaft Curau für das Teilgebiet südwestlich der Lübecker Landstraße (L 184) sowie südöstlich der rückwärtigen Wohnbebauung der Dorfstraße; bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

VERFAHRENSVERMERK

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 25.06.91. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in den "Lübecker Nachrichten" am 07.07.91 erfolgt.

Stockelsdorf, **0** 4. MAI **1995**

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist in der Zeit vom 10.09.92 bis zum 18.09.92 durchgeführt worden Stockelsdorf, 04. MAI 1995

- Bürgermeister

3 1. JAN. 1994 Die von der Planung berührten Träger öffen flicher Belange sind mit Schreiben vom 23.06.92 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Stockelsdorf, 04, MAI 1995 - Bürgermeistei 3 1. JAN. 1994 Die Gemeindevertretung hat am 17.12.92 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Be-

gründung beschlossen und zur Auslegung best/mmt. Stockelsdorf, **0** 4. MAI 1995 3 1. JAN. 1994

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 16.02.93 bis zum 16.03.93 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 07.02.93 in den "Lübecker Nachrichten ortsüblich bekanntgemacht worden.

Stockelsdorf, 04. MAI 1995 31. JAN. 1994

- Bürgermeister Der katastermäßige Bestand am 08.03. .95 sowie die geometrische

neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt. Bad Schwartau, 29.03.1995

§ 9 Abs. 1

Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anzegungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange u.a. am 27.02.93 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

(Sacher)

- öffentl.-best. Verm.-Ing. Bad Schill

Stockelsdorf, 0 4. MAI 1995 31. JAN. 1994 Bürgermeister -

Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach der öffentlichen Auslegung geändert wor-den. Daher haben der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung in der Zeit vom 13.12.94 bis zum 13.01.95 während der Dienststunden erneut öffentlich ausgelegen. Dabei ist be-stimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden konnten. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 04.12.94 in den "Lübecker Nachrichten" ortsüblich bekanntgemacht worden.

Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 i.V. mit § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt.

Stockelsdorf, **0** 4. MAI 1995 3 1. JAN. 1994

Jacker (Sacher)

- Bürgermeister -Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B)

wurde u.a. am 27.02.95 von der Gemeindevertretung als Satzung bzw. Satzungsänderung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung u.a. vom 27.02.95 gebilligt.

Stockelsdorf, 04. MAI 1995 31. JAN. 1994

- Bürgermeister -

Der Bebauungsplan ist nach § 11 Abs. 1 Halbsatz 2 BauGB am 31.01.94 dem Landrat des Kreises Ostholstein angezeigt worden. Dieser hat mit Verfügung vom 22.06.1995, Az.:61-1-1-40B39 7/8-sm erklärt, daß - er keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht-

- die geltend gemachten Rechtsverstöße behoben worden sind. Gleichzeitig sind die örtlichen Bauvorschriften genehmigt worder Jacker

Stockelsdorf, 03. JULI 1995

- Bürgermeister -

Die Bebauungsplansatzung bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit ausgefertigt. Jailes

Stockelsdorf, 03. JULI 1995

(Sacher) - Bürgermeister

(Sacher)



Die Durchführung des Anzeigeverfahrens zum Bebauungsplan sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 02.08.1995 in den "Lübecker Nachrichten" ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am 03.08.1995 in Kraft getreten.

Stockelsdorf, 04, AUG. 1995

Jacker & (Sacher) - Bürgermeister

- Bürgermeister -

Hiermit wird bescheinigt, daß die Neuausfertigung der Leinenpausen dem Ursprungsplan

vom 27.04.93 entsprechen. (Sacher) Stockelsdorf, 04. AUG. 1995

Dieser Plan ist Grundlage

der Verfügung vom 22.6.95 Az: 61.1.1.40 B 39.718 fm

Der Landrat

des Kreises Ostholskei

- Kreisplanungsgot -Im Auftrage W.SATZUNG DER **GEMEINDE STOCKELSDORF** ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 39

für die Ortschaft Curau für das Teilgebiet südwestlich der Lübecker Landstraße (L 184) sowie südöstlich der rückwärtigen Wohnbebauung der Dorfstraße